



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des institutions, de l'agriculture
et des forêts DIAF
Direktion der Institutionen und der Land-
und Forstwirtschaft ILFD

Liebfrauengasse 2, Postfach, 1701 Freiburg

T +41 26 305 22 05, F +41 26 305 22 11
www.fr.ch/ilfd

Es gilt das gesprochene Wort!

**Workshop Leitbild 2020-2040 „Wie sieht der Kanton die Entwicklung in den Gemeinden in den nächsten 20 Jahren,,
Schmiten, 30 Oktober 2018**

Ansprache von Staatsrats Didier Castella, Direktor ILF

Sehr geehrte Damen und Herren

Zu Beginn möchte ich den Gemeindebehörden für die Organisation dieses World-Cafés danken. Die Führung der Gemeindeangelegenheiten nimmt viel Energie und Zeit in Anspruch. Es ist daher nur selten möglich, etwas Abstand zu nehmen und auf längere Frist vorzuschauen. Ich gratuliere Ihnen, dass Sie sich diese Zeit nehmen, in einer Epoche, in der sich alles auf das Unmittelbare und sehr Kurzfristige zu beschränken scheint.

Diese Initiative ist umso wichtiger, als sich die Gemeinden in den kommenden Jahren enormen und verschiedenartigen Herausforderungen stellen müssen. Ich denke namentlich an die technischen Herausforderungen (1) mit der digitalen Revolution, bei der wir erst am Anfang stehen. Ich denke auch an die gesellschaftlichen Herausforderungen (2) mit der Entwicklung der Bevölkerung, ihrer Bedürfnisse und Erwartungen. Und ich denke schliesslich an die politischen Herausforderungen (3) die diese Entwicklung mit sich bringt, wie die Frage des Status der Gemeinderäte oder jene der regionalen Zusammenarbeit. In meiner Ansprache werde ich auf jede dieser drei Herausforderungen zurückkommen:

(1) Die technische Entwicklung hat ein schwindelerregendes Tempo erreicht. Wir haben fast alle in unserer Tasche oder an unserem Handgelenk elektronische Geräte, deren Fähigkeiten einen kaum zehnjährigen Computer erblassen lassen würden. Jede neue Produktgeneration scheint sich um einen Riesenschritt weiterentwickelt zu haben.

Und in diesem Bereich dauert eine Generation lediglich Monate und nicht Jahrzehnte wie beim Menschen. Es lässt sich zweifellos noch nicht abschätzen, welche Auswirkungen diese Revolution auf die Funktionsweise unserer Gesellschaft haben wird. Aber eines ist sicher: die Auswirkungen werden enorm sein. Die Gemeinwesen, angefangen bei den Gemeinden, werden sich diesen Herausforderungen stellen müssen.

Ein Territorium wird durch die digitale Revolution nach und nach als eine Gesamtheit von Beziehungen definiert werden, als ein Raum der Information und der Kommunikation.

Die Verbreitung von Wissen erfolgte vor noch nicht allzu langer Zeit über den Zugang zu Archiven, Bibliotheken oder der Gemeindeschreiberei! Man begab sich zu diesen Orten, wo Wissen aufbewahrt wurde. Die digitale Revolution erschliesst neue Räume. Auch die Gemeinwesen müssen nun den Zugang zu ihren Informationen und Dokumenten erleichtern, transparent informieren, aber auch anders kommunizieren. Dies erfordert Mittel und Kompetenzen. Es wird jedoch auch zu einer neuen Beziehung zwischen den Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern führen. Den

Gemeinden kommt hier eine besonders wichtige Rolle zu. Sie sind die erste Ebene in unserem demokratischen System.

Es liegt bei der Gemeinde, die Bürgernähe, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Lebensqualität so wichtig ist, zu verteidigen und zu fördern – gerade heute, wo die neuen technischen Mittel uns mit der ganzen Welt vernetzen. Es geht darum, eine neue Nähe zu erfinden, damit die menschlichen Beziehungen im Vordergrund bleiben. Die Gemeinden sind der ideale Ort, um diese Nähe, diese menschliche Dimension zu erhalten, die nicht durch Technik ersetzt werden kann. Diese Erhaltung menschlicher Werte ist im Übrigen vielleicht die grösste Herausforderung für unsere Gesellschaft: Die Augen vom Bildschirm abzuwenden, um mit seinem Nächsten in Kontakt zu treten. Eltern kennen diesen täglichen Kampf, der uns aber alle betreffen muss.

Diese Entwicklung erfolgt in einem allgemeinen Kontext der Veränderung, der vor allem von der Tertiärisierung unserer Wirtschaft geprägt ist. Diese Tendenz führt zum Beispiel vermehrt dazu, dass Aktivitäten, wie «wohnen», «arbeiten», «konsumieren» und «sich vergnügen», an unterschiedlichen Orten in einem grossräumigeren Gebiet praktiziert werden. Diese Aktivitäten müssen miteinander in Einklang gebracht werden.

Der Bedarf an Mobilität und Verkehrsverbindungen für berufliche und häusliche Tätigkeiten steigt somit stark an. Dies zieht zum Beispiel einen Anstieg des Fahrzeugbestands, der Pendlerströme, der Fahrdauer nach sich. Die Gemeinden werden somit die Verkehrsflüsse gewährleisten und organisieren, den Verkehr steuern, die Verkehrsverbindungen sicherstellen, städtebauliche und raumplanerische und Massnahmen treffen und sich die technologische Entwicklung zunutze machen müssen.

(2) Aus gesellschaftlicher Sicht bestehen die Herausforderungen in der Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Die meisten Gemeinden sind mit einem starken Bevölkerungswachstum konfrontiert, aber auch mit einem Wandel des demografischen Verhältnisses, der Alterung der Bevölkerung, einem Anstieg der Scheidungsrate, neuen Familienstrukturen usw. Der Bedarf an Wohnungen, die kleineren oder Patchwork-Familien Rechnung tragen, wird somit ansteigen, aber auch an Wohnungen und Einrichtungen, die die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung berücksichtigen.

Dies wirft im Übrigen weitere Fragen auf, z.B. zur Konzeption eines bürgernahen Dienstleistungsangebots, zur Entwicklung der Regional- und Ortsplanung, zur Integrationspolitik, die den Austausch zwischen den Generationen aber auch mit Migranten berücksichtigt. Auch hier wird die technische Entwicklung Lösungen bieten, die innovativ genutzt werden müssen.

(3) Zu den politischen Herausforderungen, lassen sich folgende Punkte erwähnen:

Die Gemeinwesen und besonders die Gemeinden, die sich, wie bereits erwähnt, in einem sich ständig wandelnden Umfeld entwickeln, müssen sich auf stabile Finanz- und Haushaltsvorschriften stützen können. Diese Vorschriften sollten nicht nur ermöglichen, kurz-, mittel- und langfristig über ausreichende Finanzkraft zu verfügen, sondern auch in einem Kontext mit hohen Unsicherheitsfaktoren vorzuschauen und zu planen. In dieser Hinsicht stellt das neue Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden, das vom Grossen Rat Anfang Jahr genehmigt wurde, eine wichtige Basis dar. Seine Umsetzung wird eine der grossen administrativen Baustellen der Gemeinden sein.

Eine weitere politische Herausforderung ist die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen, wenn sich gewisse Aufgaben nicht alleine bewältigen lassen. Dieser Punkt betrifft offensichtlich die

Frage, ob eine Vergrösserung des Gemeinwesens bzw. eine Fusion nötig ist, oder ob Zusammenarbeitsräume wie die Agglo verstärkt werden sollten. Hier geht es um Überlegungen zur territorialen Gliederung, die der Kanton schon seit einiger Zeit anstellt. Ich werde in der Schlussfolgerung darauf zurückkommen.

Man ist sich darüber einig, dass die Gemeinden, unabhängig von ihrer Grösse, eine ganze Reihe von öffentlichen Aufgaben nicht alleine bewältigen können – Aufgaben, für die die Nähe zum Bürger erforderlich ist. Ich denke hier namentlich an die Bereiche der Kinder im Vorschulalter und der betagten Personen, an die Mobilität und die Raumplanung. Selbst im hypothetischen Falle einer Welle von «Megafusionen» wie den Projekten Grossfreiburg oder Greyerzbezirk, würden auch diese riesigen Gemeinden zusammenarbeiten und intern bürgernahe Dienstleistungen anbieten müssen.

Um all diese Herausforderungen annehmen zu können, müssen wir uns auf starke Gemeindebehörden stützen können. Ich muss hier gestehen, dass ich etwas beunruhigt bin. Seit einigen Monaten, bzw. Jahren, stellen wir vermehrt Spannungen innerhalb von Gemeindeorganen fest. Es vergeht kein Monat, ohne dass die Presse Rücktritte aufgrund von Konflikten oder besorgniserregende Blockaden vermeldet. Auf der einen Seite sehen sich die Gemeinderäte mit einer stetig steigenden Verantwortung konfrontiert, auf der anderen Seite ist der Status eines Gemeinderatsmitglieds mit immer weniger Ansehen verbunden.

Ohne Aufwertung wird es wahrscheinlich sehr schwierig werden, mehr Kompetenzen zu fordern. Die Gemeinden und ihre Räte werden sich deshalb rasch zu ihrem Status Gedanken machen und Lösungen vorschlagen müssen. Natürlich wird auch der Staat seine Unterstützung anbieten müssen, aber die Gemeindeautonomie verlangt, dass dieses wichtige Problem von den Gemeindebehörden selbst in Angriff genommen wird.

Ich sehe jedoch hier heute Abend – und darüber bin ich hoch erfreut –, dass es auch anders geht, und dass es noch möglich ist, sich hoffungsvoll in die Zukunft unserer Gemeinden zu versetzen.

Wie erwähnt, stellt der Staat Freiburg gegenwärtig Überlegungen an zu seiner territorialen Gliederung und insbesondere zum Platz, der den Regionen eingeräumt werden soll. Es geht hier darum den lokalen Behörden die Mittel zu geben, um die soeben angesprochenen Herausforderungen zu bewältigen. In diesem Zusammenhang ist es äusserst wichtig, dass sich die Gemeinden selbst aktiv und konstruktiv an diesen Überlegungen beteiligen. Ich denke, dass auch die Bevölkerung mitreden können sollte. Ich habe viel von Entwicklung gesprochen, technischer Entwicklung, gesellschaftlicher Entwicklung, politischer Entwicklung.

Meine Damen und Herren, wir werden in den kommenden Jahren innovativ sein müssen, wir werden die Veränderungen akzeptieren müssen, ohne unsere Werte, unsere Wurzeln und unsere Traditionen aufzugeben. In diesem Sinne finde ich die Initiative der Gemeinde Schmitten sehr interessant. Sie sollte uns als Inspiration dafür dienen, wie wir die enormen Herausforderungen der kommenden Jahre bewältigen können.